„Wer Kiew hat, kann Russland zwingen!“

Die Ukraine und die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg

Als das Deutsche Kaiserreich im August 1914 daran ging, seinen „Platz an der Sonne“ mit Waffengewalt einzufordern, so wie es der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow [3] am 6. Dezember 1897 im Reichstag eingefordert hatte spielte die Frage nach den Kriegszielen naturgemäß eine herausragende Rolle. Am 9. September 1914 brachte Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg [4] in einer geheimen Denkschrift zu Papier, für welche Ziele die Millionen deutscher Soldaten an den Fronten zu leiden und zu sterben hatten. Wir lesen hier u.a.: „Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muss Frankreich geschwächt werden, dass es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.“

Bereits einen Monat zuvor hatte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gottlieb von Jagow [5] folgende bemerkenswerte Sätze in einem Erlass für den deutschen Botschafter in Wien formuliert: „Insurgierung nicht nur Polens, sondern auch der Ukraine erscheint uns sehr wichtig; **1.** als Kampfmittel gegen Russland;**2.** weil im Falle glücklichen Kriegsausganges die Bildung mehrerer Pufferstaaten zwischen Russland und Deutschland bzw. Österreich-Ungarn zweckmäßig würde, um den Druck des russischen Kolosses auf Westeuropa zu erleichtern und Russland möglichst nach Osten abzudrängen.“

► Annexionen oder „indirekte Herrschaft“?

Zum Teil noch radikaler formuliert waren die Kriegszieldenkschriften des Alldeutschen Verbandes und von Organisationen und Repräsentanten der deutschen Industrie, darunter von August Thyssen [6], Walther Rathenau [7], Alfred Hugenberg [8] und Gustav Stresemann [9]. Im Laufe der Jahre gerieten die Zielsetzungen für den Osten Europas immer maßloser und bildeten eines der bevorzugten Themen in den Debatten über die anzustrebenden Kriegsziele. Die Kernfrage lautete:

- Was bedeutete es konkret, Russlands Herrschaft „über die Vasallenvölker“ zu brechen?
- Die territoriale Einverleibung eines Teils des Zarenreiches, z. B. des Baltikums und der Ukraine, in das Deutsche Kaiserreich bzw. die mit ihm verbündete Habsburgermonarchie?
- Die Schaffung eines selbständigen, aber von den Mittelmächten politisch und wirtschaftlich abhängigen Polen?
- Wie sollten sich derartige direkte Annexionen bzw. die Schaffung von „Einflusszonen“ (informal empire) in das Konzept zur Herstellung eines von Deutschland dominierten „Mitteleuropa“ einordnen?

Im Zentrum derartiger Überlegungen stand bald die Ukraine, sowohl aus ökonomischen als auch aus politisch-militärstrategischen Gründen.

Bereits am 10. Dezember 1887 hatte ein junger Diplomat, kein anderer als der damals in St. Petersburg als Botschaftsrat amtierende spätere Staatssekretär und Reichskanzler Bernhard von Bülow, in einem Bericht an das Auswärtige Amt folgende Gedanken formuliert: „Wir müssen eventuell dem Russen so viel Blut abzapfen, dass derselbe sich nicht erleichtert fühlt, sondern 25 Jahre außerstande ist, auf den Beinen zu stehen. Wir müssten die wirtschaftlichen Hilfsquellen Russlands für lange hinaus durch Verwüstung seiner Schwarzerd-Gouvernements, Bombardierung seiner Küstenstädte, möglichste Zerstörung seiner Industrie und seines Handels zuschütten. Wir müssten endlich Russland von jenen beiden Meeren, der Ostsee und dem Schwarzen Meer, abdrängen, auf denen seine Weltstellung beruht.“ Und 1897 schrieb Paul Rohrbach [10], einer der führenden außenpolitischen Publizisten seiner Zeit, in seinem Artikel„Durch die Ukraine“ leitmotivisch: „Wenn der Tag kommt, wo Russland das Schicksal herausfordert, und dann zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand so viel Kenntnis von den Dingen und soviel Entschlossenheit hat, dass er die ukrainische Bewegung richtig loszubinden weiß - dann, ja dann könnte Russland zertrümmert werden. Wer Kiew hat, kann Russland zwingen!“ Zwanzig Jahre später, während des Ersten Weltkrieges, waren derartige Anschauungen weitgehend Konsensus innerhalb der politischen und militärischen Führung des Kaiserreiches, allerdings mit einer erheblichen Einschränkung: Die Zerstörung der Industrie und des Handels wurde nicht mehr in dieser Radikalität gefordert, weil das Zentrum der Industrie, der Agrarwirtschaft und des Handels, gelegen in der Ukraine, sowohl für die deutsche und österreichische Kriegswirtschaft als auch für die strategischen Planungen für die Zeit nach dem Kriege, eine herausragende Bedeutung gewonnen hatte.

Vor dem Ersten Weltkrieg waren durch das deutsche Großkapital für die Förderung der Rohstoffe und den industriellen Aufbau der Ukraine bedeutende Kapitalien investiert worden. Dabei handelte es sich u.a. um die Gelsenkirchener Bergwerks AG, das größte deutsche Bergwerksunternehmen, die Oberschlesischen Eisen- und Kohlewerke AG, die Borsig-Werke [11], Orenstein und Koppel [12], die Duisburg AG Wetter an der Ruhr, die Donnersmarckhütte sowie die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs AG. Für das nötige Kapital sorgten vor allem die Deutsche Bank, die Disconto-Gesellschaft und die Berliner Handels-Gesellschaft, die dabei mit russischen Banken eng kooperierten. Zum Teil wurden Minderheitsbeteiligungen bei Unternehmen platziert, die sich mehrheitlich in der Hand französischer oder belgischer Konzerne befanden. Das stärkste Engagement, besonders durch den Thyssenkonzern [13], gab es bei der Förderung der Manganerze. Drei Viertel seines Bedarfs deckte Deutschland mit Hilfe des Imports aus der Ukraine, wo sich die bedeutendsten Manganerz-Lagerstätten der Welt befanden. Auch die Einfuhr von Eisenerzen befand sich auf einem hohen Niveau: Knapp zwei Drittel der ukrainischen Eisenerz-Exporte hatten das Deutsche Reich als Ziel. 1913 waren dies etwa 900.000 Tonnen, wobei die Erze der Lagerstätten um Kriwoi Rog [14] mit einem Eisengehalt von fast 70 Prozent eine herausragende Qualität besaßen. Insgesamt wurden in der Region Kriwoi Rog etwa 6,8 Milliarden Tonnen abbaubare Vorräte an Eisenerz vermutet, das entsprach etwa der vierfachen Mengen entsprechender Lagerstätten in Deutschland.

Insgesamt ca. 20 Prozent der ausländischen Kapitalbeteiligungen im Zarenreich entfielen auf deutsche Unternehmen, wovon ein großer Teil in der Ukraine investiert worden war. Eine führende Stellung nahm deutsches und österreichisches Kapital in der ukrainischen eisenverarbeitenden und Maschinenbau-Industrie ein. Knapp die Hälfte des hier investierten ausländischen Kapitals hatte seinen Ursprung in diesen beiden Ländern. Deshalb intervenierten in den Jahren 1917/18 führende Repräsentanten und Interessenverbände des deutschen Großkapitals (u.a. der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der Thyssenkonzern und der Deutsche Handelstag) bei der Reichsregierung und der 3. Obersten Heeresleitung [15], um nicht nur jetzt, in der Endphase des Krieges, sondern auch für die Zeit danach einen exklusiven Zugriff auf das Wirtschafts- und Rohstoffpotenzial sowie die Verkehrsinfrastruktur (Eisenbahnlinien und Häfen) der Ukraine, Georgiens und des Kaukasus zu erhalten. Der Großindustrielle Hermann Röchling [16] hob beispielsweise unwidersprochen auf einer Sitzung des Hauptausschusses des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller am 8. Dezember 1917 – drei Monate vor dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk [17] – im Berliner Hotel „Adlon“ unwidersprochen hervor, dass die deutsche Schwerindustrie „ein gewaltiges Interesse“ an der Ausbeutung der Manganerze besitze und deshalb ihre Kontrolle zu den „russischen Kriegszielen“ des Deutschen Kaiserreiches gerechnet werden müsse.

Vor allem waren Deutschland und die Habsburgermonarchie daran interessiert, neben mineralischen Rohstoffen auch Getreide und Vieh aus der Ukraine nach Deutschland und Österreich zu verbringen, um die sich im Verlaufe des Weltkrieges immer mehr zuspitzende Versorgungskrise der Bevölkerung in der Heimat zu entspannen. Im Januar 1918 ging der Erste Generalquartiermeister des deutschen Heeres, General der Infanterie Erich Ludendorff [18], davon aus, dass bis zum Juni Getreidelieferungen in der Größenordnung von einer Million Waggons möglich seien! Die Ukraine war schließlich traditionell die „Kornkammer“ des Zarenreiches. Sie erzielte am Vorabend des Ersten Weltkrieges mit 250 Millionen Tonnen nicht weniger als 10 Prozent der Weltgetreide-Ernte und war mit einem Anteil von über 20 Prozent der weltweit größte Getreide-Exporteur!

► Mittelmächte besetzen die Ukraine

[19]Als am 3. März 1918 der Frieden von Brest-Litowsk, „ein Diktatfriede, der karthagische Züge aufwies“, zwischen der bolschewistischen Regierung und den Mittelmächten geschlossen wurde, musste die junge Sowjetmacht, um für das vom Krieg schwer heimgesuchte Land eine Atempause herbeizuführen, in Gebietsabtretungen zu Gunsten der Mittelmächte einwilligen. Russland verlor eine Million Quadratkilometer Boden, eine Bevölkerung von 50 Millionen Menschen, neunzig Prozent aller russischen Kohlengruben, die Hälfte aller Eisen- und Stahlwerke, außerdem ein Drittel des gesamten Eisenbahnnetzes. Der Historiker Manfred Nebelin schreibt völlig zu recht, dass Russland jetzt „auf die Grenzen vor der Zeit Peters des Großen zurückgeworfen“ worden sei. „Aus der Anfang des 18. Jahrhunderts entstandenen Großmacht“ – so schien es zumindest – „war zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein deutscher Vasallenstaat geworden.“ Dabei wurde auch die Ukraine, die als selbständiger Staat mit Deutschland und der Habsburgermonarchie einen gesonderten Friedensvertrag, den „Brotfrieden“, bereits am 9. Februar 1918 abgeschlossen hatte, von österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen besetzt. Von deutscher Seite waren fünf Armeekorps mit zusammen über 500.000 Mann als „Heeresgruppe Kiew“ im Lande stationiert, darunter auch auf der Halbinsel Krim. Sie hatten die Aufgabe, endgültig die Rote Armee aus dem Lande zu vertreiben, jegliche revolutionären Bewegungen niederzuhalten und dabei die im April 1918 installierte Marionettenregierung des Hetman [20] Pavlo Skoropadskij [21] nach Kräften zu unterstützen. Insbesondere war sicherzustellen, dass die so dringend benötigten Rohstoffe und Agrarprodukte in ausreichender Menge, so wie es im „Brotfrieden“ vereinbart worden war, „freiwillig“ und gegen Bezahlung abgeliefert wurden. Geschah dies nicht, wurde mit militärischer Gewalt nachgeholfen.

Die österreichischen Einheiten, insgesamt 250.000 Mann, wurden vom General der Infanterie Alfred Krauß [22] kommandiert, der es übrigens im „Dritten Reich“ der Faschisten noch zum „Reichstagsabgeordneten“ und SA-Brigadeführer bringen sollte. Ihm war vom Oberkommando in Wien folgende Instruktion mit auf den Weg gegeben worden: „Ruhe und Ordnung in unserem Besatzungsgebiet aufrecht zu erhalten; die Ukraine für die Monarchie auszunützen, vor allem an Getreide und Vieh und für die Zukunft günstige Handelsbeziehungen anzubahnen.“

Die wichtigste Person auf deutscher Seite war der Stabschef der Heeresgruppe Kiew, Generalleutnant Wilhelm Groener [23], der spätere Reichswehr-, Verkehrs- und Innenminister der Weimarer Republik. Als glänzender Organisator und Prototyp des „politischen Offiziers“ sollte er die Willfährigkeit der ukrainischen Regierung sicherstellen und die Ablieferung der Agrarprodukte und Rohstoffe organisieren. Dazu war ein landesweites Netz von entsprechenden Ablieferungs- und Aufkaufstationen installiert worden, das seinen Zweck jedoch nur zum Teil erfüllen konnte.

Groener war von Anfang an klar, dass die Besetzung der Ukraine in einem größeren „geopolitischen“ Zusammenhang zu betrachten war. In einer Ansprache vor Offizieren in Kiew Ende September/Anfang Oktober 1918 – nur wenige Wochen vor dem endgültigen Zusammenbruch der Front im Westen und dem Beginn der Revolution – äußerte er hierzu in bemerkenswerter Klarheit folgende Gedanken: „Die Ukraine bildet gegenwärtig nichts anderes als ein vermehrtes deutsches Wirtschaftsgebiet. (…) Also, weshalb wir hier sind, ist ganz klar. Weil wir die Produkte gebrauchen zur Kriegsführung. Wir brauchen die Produkte bis an das Kaspische Meer, und wenn es geht, auch noch die Produkte von Turkestan. (…) Staaten bilden, Staaten gründen ist außerordentlich schwierig und besonders schwierig in unserer Situation, wo die Bildung einer selbständigen Ukraine nichts anderes bedeutet, als das fetteste Stück, ich will mal sagen, die Lende des russischen Bären aus dem Körper zu schneiden. (…) Das alte Europa ist ja viel zu klein in seiner territorialen Ausdehnung, um die Rolle, die ihm die Vergangenheit zugewiesen hat, auf die Dauer durchführen zu können ohne Expansion. Der moderne Politiker, der moderne Soldat darf nur wirtschaftlich denken.“

Und weiter: „Es ist ein Unsinn, heutzutage überhaupt von Frieden zu reden. Denken Sie doch nach: Der Friede ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln…Dieser Kampf wird nur unterbrochen durch Perioden, in denen sich der militärische Kampf nicht mehr geltend macht, sondern Kampfmethoden wirtschaftlicher oder politischer Natur in die Erscheinung treten. (…) Wir wollen hoffen, dass die militärische Betätigung in diesem wirtschaftlichen Ringen den Kampf sobald wie möglich zu Ende bringt, aber wirtschaftlich und politisch wird die Sache weitergehen. (…) Wir haben versucht, da wir die Offensive über Russland nicht machen konnten (gemeint: die ökonomische und politische Expansion des deutschen Imperialismus in Richtung Mittlerer Osten vor dem Beginn des Krieges-R.Z.), diese Offensive über die Türkei zu machen; sie ist leider Gottes missglückt. (…) Nun versuchen wir es über das Kaspische Meer. Wie weit wir da kommen werden, und ob es uns gelingen wird, unseren Einfluss in Turkestan und in Persien weiter auszudehnen, um zunächst mal wirtschaftlich Fuß zu fassen und das Gebiet wirtschaftlich an uns zu knüpfen, das ist im gegenwärtigen Moment nicht mit Sicherheit zu sagen.“

Vorerst schienen die von General Groener geäußerten Wunschvorstellungen einer zukünftigen „Weltpolitik“ des deutschen Imperialismus, angesichts der unmittelbar bevorstehenden Niederlage der Mittelmächte, vollkommen realitätsfremd, ja geradezu absurd zu sein. Es blieb zunächst dabei, die Ukraine als Lieferant für die Bedürfnisse der deutschen Kriegswirtschaft so weit als möglich auszubeuten. Ihre Funktion als „Sprungbrett“ für weitergehende territoriale und politisch-ökonomische Expansionen musste zurückgestellt werden. Für die Realisierung dieser Aufgabe stand Wilhelm Groener als Vorsitzender einer „Wirtschaftskommission“ der von der Firma Krupp beurlaubte Direktor Otto Wiedfeldt [24] zur Seite, der in der Weimarer Republik zum Botschafter in Washington avancieren sollte. Auch Wiedfeldt vermochte es nicht, für den notwendigen Nachschub an Erzen, Getreide und Vieh zu sorgen, zumal die Versorgung von einer dreiviertel Millionen deutscher und österreichisch-ungarischer Soldaten den größten Teil der für die „Heimatfront“ gedachten Nahrungsgüter absorbierte. Es kam hinzu: Die Bauern horteten einen beträchtlichen Teil ihrer Ernten, zumal sie mit größtem Misstrauen, ja Widerwillen die Wiedereinsetzung der alten Großgrundbesitzer beobachteten, deren ökonomische und politische Macht nach der Einsetzung der Marionettenregierung Pavlo Skoropadskijs neu auflebte, deren Machtbereich allerdings nicht weit über die Hauptstadt Kiew und ihre nähere Umgebung hinausreichte. Übrigens stellte Skoropadskij der deutschen Regierung nicht weniger als 23 Millionen Rubel für die Vorbereitung und Durchführung seines Putsches in Rechnung, von denen allein jeweils bis zu 3 Millionen Rubel für Agitationszwecke und „kräftige Händedrücke“ sowie für „wohlgesinnte Leute“ (insgesamt etwa 10.000 Personen) aufgewandt worden seien.

Bereits 1915/16 hatten Großindustrielle wie z. B. Emil Kirdorf [25] (Vorstandsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks AG und Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes) und Alfred Hugenberg [8] (Vorsitzender des Direktoriums der Krupp-Werke und Gründungsmitglied des Alldeutschen Verbandes) für die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen gesorgt, um in Deutschland den Gedanken für eine von Russland „unabhängige“ Ukraine zu propagieren. Zu diesem Zweck wurde die Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“ [26] aus der Taufe gehoben, als deren Herausgeber nach außen ein am 11. Dezember 1915 gegründeter „Verband deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen“ firmierte, bei dem es sich um nichts anderes als eine Filiale des Alldeutschen Verbandes handelte. Das wurde bereits aus der personellen Zusammensetzung seines Vorstandes deutlich: Als Vorsitzende dieser Organisation amtierte der General z.D. Konstantin Freiherr von Gebsattel [27], zugleich 2. Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes; sein Stellvertreter war niemand anders als Emil Kirdorf [25]. Außerdem wurde ein so genannter Bund zur Befreiung der Ukraine installiert. Wes Geistes Kind diese Organisation war, kann man unter anderem daraus entnehmen, dass sie ihre Publikationen im Münchener Verlag J. F. Lehmann herausgab, dessen Inhaber ebenfalls zur Führung des Alldeutschen Verbandes und seit den ersten Tagen der Weimarer Republik zu den eifrigsten politischen und finanziellen Förderern Adolf Hitlers und seiner faschistischen Partei gehörte.

► Der Streit um die Beute

Im Verlaufe des Jahres 1918 steigerte sich der offene, zum Teil bewaffnete Widerstand der Bauernschaft gegen die deutschen und österreichischen Besatzungstruppen, so dass Feldgerichte immer häufiger gegen Widerstand leistende

Ukrainer harte Strafen, darunter auch die Todesstrafe, verhängten. Nicht mehr der Aufkauf von Getreide und Vieh, sondern das gewaltsame Requirieren war jetzt immer häufiger an der Tagesordnung. Mit den Worten des österreichischen Generals Krauß: „Die bolschewistisch aufgehetzte, nur auf Landerwerb erpichte Landbevölkerung war nicht gewillt, ihre Vorräte gegen schlechte Bezahlung abzugeben."

Ein deutscher Besatzungsoffizier charakterisierte in seinen während der Nazizeit publizierten Memoiren das Gebaren der deutschen Besatzer gegenüber den Bauern mit folgenden einprägsamen Worten: „Eine 10-Mark-Note in der Linken, eine Pistole in der Rechten." Die rassistisch gefärbte Rechtfertigung dieser Variante des Plünderns liest sich beim gleichen Autor folgendermaßen: Der Ukrainer sei, „wie der Russe überhaupt, schwer berechenbar, rasch zur Feindseligkeit neigend, und in der Leidenschaft wie ein Tier blind und unbeherrscht."

Streit gab es beim Verteilen der Beute auch zwischen den verbündeten Deutschen und Österreichern, denen zu jener Zeit ökonomisch das Wasser bis zum Halse stand: Jeder beanspruchte den Löwenanteil der Beute für sich, so dass ungeachtet vertraglicher Abmachungen – Getreidelieferungen sollten im Verhältnis 1:1, Lebensmittellieferungen im Verhältnis 4:6 zugunsten Deutschlands aufgeteilt werden – ständige Auseinandersetzungen zwischen ihnen an der Tagesordnung waren. Ungeachtet dessen bedeuteten die aus der Ukraine gewaltsam entnommenen Vorräte an Getreide, Vieh und Lebensmitteln für das von einem dramatischen Nahrungsmangel betroffene Österreich im Jahre 1918 eine gewisse Entspannung der Ernährungssituation. Der ehemalige österreichische Außenminister Ottokar Graf Czernin [28] beziffert die Anzahl der Eisenbahnwaggons, die „offiziell" Lebensmittel in die Habsburgermonarchie im Zeitraum vom Frühjahr bis zum November 1918 verbrachten, auf immerhin mehr als 13.000. Allein an Butter, Fetten und Speck wurden ca. 2,2 Millionen Kilogramm requiriert; es kamen beispielsweise mehr als 55.000 Rinder, etwa 40.000 Pferde, 25 Millionen Kilogramm Zucker und beinahe 1 Million Kilogramm an Öl und Speiseöl hinzu. Hinzuzurechnen seien weitere 15.000 „inoffizielle" Eisenbahnwaggons, die geschmuggelte Lebensmittel enthielten, die auf dunklen Wegen das Land erreichten. Alles in allem handelte es sich um Größenordnungen, die weit unter den Zielen lagen, die Anfang des Jahres 1918 in Aussicht gestellt worden waren.

Sie konnten die vor allem in den Städten, auch in der Hauptstadt Wien, „ausbrechende Hungersnot" mildern und es gelang dadurch immerhin, „bis zur neuen Ernte leben zu können". Die Aussage Graf Czernins zutreffend ist, es seien „Millionen von Menschen" durch die Lieferungen aus der Ukraine „vor dem Hungertode" gerettet worden, scheint allerdings eine Übertreibung darzustellen.

► Die Ukraine als „erste Etappe" im Osten

Hinter den Kulissen lief währenddessen die Debatte über die Zukunft der Ukraine auf Hochtouren. Zu einer Zeit, im Sommer und Herbst 1918, als sich die bevorstehende militärische Niederlage der Mittelmächte immer deutlicher abzeichnete, wurden hier noch Gedanken und Pläne entwickelt, wie die Ukraine nach dem Krieg als „deutsches Interessengebiet" organisiert werden könnte. Manches davon erinnert in seiner vollständigen Realitätsblindheit an die Planungen der Nazis für ein „Großdeutschland" im Zweiten Weltkrieg, als der Sieg der Alliierten längst beschlossene Sache war. So schrieb der Leiter der „Zentralen Einkaufsgesellschaft" in Kiew, Hugo Lindemann [29], am 27. September 1918 an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Hilmar Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen [30]: „Man muss also das ganze Gebiet hier nicht vom heutigen, sondern mehr von einem zukünftigen Gesichtspunkt betrachten. Dies auch deshalb, weil ja der ganzen politischen Lage nach der Osten für uns nach dem Kriege das einzige Gebiet sein wird, in dem die deutsche Volkswirtschaft sich ohne größere Hemmungen wird betätigen können und zu diesem Osten bildet doch heute die Ukraine für uns die erste Etappe. Ihr Ausbau ist also, wenn auch die praktischen Resultate nicht sofort greifbar werden, auf jeden Fall weiter zu fördern." Die bereits weiter oben zitierten Auszüge aus der Rede des Generalleutnants Wilhelm Groener vom September/Oktober 1918 weisen in die gleiche Richtung.

Am Ende stand der Abzug der deutschen und österreichischen Truppen. Die letzten deutschen Einheiten verließen eilig die Ukraine im März 1919. Drei Monate zuvor hatten bereits die Einheiten der Habsburgermonarchie das Weite gesucht. Häufig nahmen die Soldaten ihr Schicksal in die eigene Hand, warteten nicht die Befehle zum „geordneten" Rückzug ab, sondern suchten auf diversen Wegen und Umwegen den Weg in die Heimat. Zuvor war der Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten am 3. November 1918 (Waffenstillstand von Villa Giusti [31] bei Padua) bzw. dem Deutschen Kaiserreich und den Alliierten am 11. November 1918 (Waffenstillstand von Compiègne [32]) unterzeichnet worden [siehe Originaltext des Vertrages [33]].

Welch ein Kontrast zu den groß dimensionierten Postulaten eines „Gastkommentars", den Eugen Lewinsky, Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses, am 1. Oktober 1914 auf der Titelseite des „Berliner Tageblatts" formuliert hatte, den angeblich bevorstehenden Sieg der Mittelmächte vor Augen: „Das moskowitische Russland muss vom Schwarzen Meer zurückgedrängt und zwischen Russland und dem Balkan in den Gebieten der Ukraine ein Riegel eingeschoben werden. Wird Russland durch die selbständige Ukraine wie durch einen Keil von Südeuropa getrennt, so wird es seine ganze Aufmerksamkeit sich selbst und seinen Besitzungen in Asien zuwenden." Und weiter: „Es gilt, eigenes Kapital und eigenes Material an Arbeitskräften in ein fremdes Land zu übertragen, um daselbst das eigene Kapital nutzbringend zu verwenden und den Absatz und die Verwertung heimischer Produkte sicherzustellen. Welche Vorzüge und welch gute Aussichten sich eben für eine derartige Tätigkeit in der unabhängigen Ukraine für die angrenzende Donaumonarchie und das verbündete Deutschland erschließen, braucht nicht erst erörtert zu werden."

Die Voraussetzungen, um diese abenteuerlichen Pläne mit Leben erfüllen zu können, waren im November 1918 durch die Niederlage der Mittelmächte und die revolutionären Ereignisse in Deutschland und Österreich vollkommen gegenstandslos geworden. Der deutsche Imperialismus, seine politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten, erwiesen sich jedoch als wenig lernfähig. 1939 bzw. 1941 starteten sie erneut den Versuch eines „Griffs nach der Weltmacht“, wobei auch dieses Mal der Ukraine eine wichtige Rolle zufiel. Die Resultate sollten für Europa und die Welt allerdings noch weitaus verheerender werden als 1918.

Dr. Reiner Zilkenat

► **Zum Originaltext gehören 37 Fußnoten** mit weiterführenden Erklärungen. Diese können Sie bei Interesse in der angehängten -Datei nachlesen.

► **Bild- und Grafikquellen:**

1. Deutsche Nachschubkolonne an der Ostfront, 1914. Deutsche Trainfahrzeuge auf dem Wege ins östliche "Feindesland". **Fotograf:** unbekannt. **Quelle: Bundesarchiv** [34], Koblenz. **Quelle:** Wikimedia Commons [35]. Diese Datei ist unter der Creative-Commons [36]-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“ [37] lizenziert. **Namensnennung:** Bundesarchiv, **Bild 183-S34205** / CC-BY-SA

2. Entwicklung der Ostfront im Ersten Weltkrieg vom Waffenstillstand am 15. Dezember 1917 bis zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk [17] am 3. März 1918. **Autor:** Furfur. **Quelle:** Wikimedia Commons [38]. Diese Datei ist unter den Creative-Commons [36]-Lizenzen „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht portiert“, [39] „2.5 generisch“, [40] „2.0 generisch“ [41] und „1.0 generisch“ [42] lizenziert.

3. Der **Waffenstillstand von Compiègne** wurde am 11. November 1918 zwischen dem Deutschen Reich und den beiden Westmächten Frankreich und Großbritannien geschlossen und beendete die Kampfhandlungen im Ersten Weltkrieg [43]. Der Vertrag wurde in einem Eisenbahn-Salonwagen unterzeichnet, der östlich des nordfranzösischen Compiègne [44] auf einer Waldlichtung bei Rethondes stand.

Foto: Das Gemälde (nachkolorierte Photographie?) zeigt die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens. Hinter dem Tisch, von rechts: die Franzosen General Maxime Weygand [45] und Marschall Ferdinand Foch [46] (stehend), die britischen Marineoffiziere Rosslyn Wemyss, George Hope und Jack Marriott. Davor stehend die Deutschen Staatssekretär [47] Matthias Erzberger [48], Generalmajor Detlof von Winterfeldt [49], Alfred von Oberndorff [50] vom Auswärtigen Amt und Kapitän Ernst Vanselow. **Quelle:** Wikimedia Commons [51]. The copyright of this image has expired in the European Union because it was published more than 70 years ago without a public claim of authorship (anonymous or pseudonymous), and no subsequent claim of authorship was made in the 70 years following its first publication.

Anhang	Größe
Dr Reiner Zilkenat - Wer Kiew hat kann Russland zwingen!.pdf [52]	608.1 KB

Quell-URL:https://kritisches-netzwerk.de/forum/wer-kiew-hat-kann-russland-zwingen

Links
[1] https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/3515%23comment-form [2] https://kritisches-netzwerk.de/forum/wer-kiew-hat-kann-russland-zwingen [3] http://de.wikipedia.org/wiki/Bernhard_von_B%C3%BClow [4] http://de.wikipedia.org/wiki/Theobald_von_Bethmann_Hollweg [5] http://de.wikipedia.org/wiki/Gottlieb_von_Jagow [6] http://de.wikipedia.org/wiki/August_Thyssen [7] http://de.wikipedia.org/wiki/Walther_Rathenau [8] http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Hugenberg [9] http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Stresemann [10] http://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Rohrbach [11] http://de.wikipedia.org/wiki/Borsig-Werke [12] http://de.wikipedia.org/wiki/Orenstein_und_Koppel [13] http://de.wikipedia.org/wiki/ThyssenKrupp [14] http://de.wikipedia.org/wiki/Kriwoi_Rog [15] http://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Ludendorff#Dritte_Oberste_Heeresleitung [16] http://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_R%C3%B6chling [17] http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensvertrag_von_Brest-Litowsk [18] http://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Ludendorff [19] http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/7/76/Carte_des_cons%C3%A9quences_du_Trait%C3%A9_de_Brest-Litovsk_de.svg/2000px-Carte_des_cons%C3%A9quences_du_Trait%C3%A9_de_Brest-Litovsk_de.svg.png [20] http://de.wikipedia.org/wiki/Hetman [21] http://de.wikipedia.org/wiki/Pawlo_Skoropadskyj [22] http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Krau%C3%9F [23] http://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Groener [24] http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Wiedfeldt [25] http://de.wikipedia.org/wiki/Emil_Kirdorf [26] http://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Ukraine [27] http://de.wikipedia.org/wiki/Konstantin_von_Gebsattel [28] http://de.wikipedia.org/wiki/Ottokar_Graf_Czernin [29] http://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Lindemann [30] http://de.wikipedia.org/wiki/Hilmar_Freiherr_von_dem_Bussche-Haddenhausen [31] http://de.wikipedia.org/wiki/Waffenstillstand_von_Villa_Giusti [32] http://de.wikipedia.org/wiki/Waffenstillstand_von_Compi%C3%A8gne_%281918%29 [33] http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/waffenstillstand/index.html [34] http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesarchiv_%28Deutschland%29?uselang=de [35] http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-S34205,_Ostfront,_Nachschub-Kolonne.jpg [36]

http://en.wikipedia.org/wiki/de:Creative_Commons [37] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.de [38] http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carte_des_cons%C3%A9quences_du_Trait%C3%A9_de_Brest-Litovsk_de.svg [39] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de [40] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/deed.de [41] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.de [42] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/1.0/deed.de [43] http://de.wikipedia.org/wiki/Erster_Weltkrieg [44] http://de.wikipedia.org/wiki/Compi%C3%A8gne [45] http://de.wikipedia.org/wiki/Maxime_Weygand [46] http://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Foch [47] http://de.wikipedia.org/wiki/Staatssekret%C3%A4r [48] http://de.wikipedia.org/wiki/Matthias_Erzberger [49] http://de.wikipedia.org/wiki/Detlof_von_Winterfeldt [50] http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_von_Oberndorff [51] http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Waffenstillstand_gr.jpg [52] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/Dr%20%20Reiner%20Zilkenat%20-%20Wer%20Kiew%20hat%20kann%20Russland%20zwingen%21.pdf